

Das „Bühler-Papier“ und die Turbo-Militarisierung der EU

Lühr Henken

Friko 11.6.2017

Das neue Weißbuch der Bundeswehr aus dem Juni 2016 stellt als das „oberste sicherheitspolitische Grundlagendokument Deutschlands“¹ Weichen. Ich will hier kurz zwei markige Formulierungen zur treffenden Charakterisierung des Weißbuchs voranstellen: In der Süddeutschen Zeitung resümiert Stefan Kornelius, ihr Ressortchef Außenpolitik: „Das neue Weißbuch ist – gemessen an seinen Vorgängern – von neuer Klarheit. Noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich das Land so deutlich zu seiner führenden Rolle in der Welt (*sic!*) bekannt und daraus auch eine sicherheitspolitische Verpflichtung abgeleitet.“²

Ausführlich wird im Weißbuch das Verhältnis zu Russland dargestellt. Hier kommt die zweite markige Formulierung: Auch wieder von Kornelius. „Seit dem Kalten Krieg hat keine Bundesregierung so eindeutig ein Land als bedrohlich gezeichnet.“³

Zwei Prozent bedeutet: Verdoppelung der Militärausgaben

Im Weißbuch wird hervorgehoben, dass Deutschland dem Ziel verpflichtet bleibe, sein Wehretat „langfristig“ an die Zielgröße von zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) „anzunähern“.⁴ Langfristig heißt bis 2024. Real bedeuten 2 Prozent der Wirtschaftsleistung 75 statt 37 Milliarden Euro jährlich – somit eine Verdoppelung. Oder im Durchschnitt jedes Jahr bis 2024 ein Plus von 11 Prozent.

Das Zwei-Prozent-Ziel wurde erstmals auf dem NATO-Gipfel 2002 beschlossen, ständig auf den folgenden Nato-Gipfeln wiederholt – und nicht beachtet. Bis 2014. Bis zur Krise um die Ukraine hatte sich die Bundesregierung bezüglich einer Erhöhung des Rüstungshaushalts stets zurückgehalten. Aber dann, nachzulesen im SPIEGEL: „Es war die Bundesregierung, die im Nato-Rat mehrere Vorschläge machte, um die Mitglieder zu höheren Militärausgaben zu animieren.“⁵ Trumps Forderungen aus jüngerer Zeit treffen zumindest bei der CDU/CSU auf offene Ohren. Von der Leyen und Merkel steuern das Zwei-Prozent-Ziel an, obgleich die Formulierung in der Erklärung des NATO-Gipfels von Wales 2014 einen Ermessensspielraum lässt: Sie lautet: „Die Bündnispartner, deren Anteil vom BIP für Verteidigungsausgaben gegenwärtig unter diesem Richtwert liegt, werden: [...] darauf abzielen, sich innerhalb von zehn Jahren auf den Richtwert von 2 Prozent zuzubewegen.“⁶ Das heißt, zwei Prozent ist nicht strikt zu verstehen. Man kann auch darunter bleiben, nur das Bemühen um die Erreichung des Zieles muss erkennbar sein.

Die SPD hat erkannt, dass das Ziel nicht apodiktisch gemeint ist. Außenminister Gabriel und Kanzlerkandidat Schulz sprechen sich offen gegen das Zwei-Prozent –Ziel aus. Schulz sagt: „wenn wir 20 bis 30 Milliarden mehr für das Militär pro Jahr ausgeben, wäre die Bundeswehr Mitte des

¹ Ursula von der Leyen, Weißbuch 2016, 143 Seiten, Vorbemerkung, S. 15, www.BMVG.de

² Süddeutsche Zeitung 13.6.2016

³ Süddeutsche Zeitung 13.6.2016

⁴ Weißbuch 2016, S. 67 und S. 117

⁵ Vgl. DER SPIEGEL 25.3.2017, S. 30

⁶ Gipfelerklärung von Wales, 5.9.2014, 37 Seiten, Seite 5

kommenden Jahrzehnts die größte Armee in der EU. Das will ich nicht.“⁷ Gleichwohl trägt die SPD die enorme Steigerung des Militärhaushalts um 8 Prozent für 2017 und die Eckwerte der Finanzplanung bis 2021 gemeinsam mit der CDU/CSU. Demnach soll der Verteidigungshaushalt 2021 auf 42,3 Milliarden Euro steigen. Von 2017 an gerechnet ein Plus von 14 Prozent, was durchschnittlich jährlich immerhin ein stolzes Mehr von 3,5 Prozent bedeutet. Gabriel steht ausdrücklich zu diesen Erhöhungen. Und Schulz sagt: „Sicher braucht unsere Armee mehr Geld. Aber nicht 20 bis 30 Milliarden pro Jahr.“⁸ Schulz sagt auch: „Wir brauchen keine Aufrüstungsspirale, sondern Abrüstungsinitiativen.“⁹

Das sieht Frau von der Leyen komplett anders. 130 Milliarden Euro. Diese Summe nannte von der Leyen Anfang 2016 als den Betrag, der bis 2030 insgesamt ausgegeben werden müsse, um neue Waffen und Ausrüstungen für die Bundeswehr anzuschaffen. Das wären im Schnitt pro Jahr 8,7 Milliarden Euro. In 2017 sind es etwa erst sechs Milliarden. Die Steigerungsrate vom letzten zu diesem Jahr betrug enorme zehn Prozent. Man ist also bereits auf dem besten Weg.

Schwenk von „Auslandseinsätzen“ zu „Landes- und Bündnisverteidigung“

Im Weißbuch weniger beachtet wurden bisher bedeutsame neue Akzente. In ihrem Vorwort kündigt von der Leyen eine „verstärkte Landes- und Bündnisverteidigung“¹⁰ an. Denn dadurch, dass die Einsätze insbesondere in Afghanistan „zunehmend robuster“ geworden seien, und die Bundeswehr zu einer „Armee im Einsatz“ geworden sei, sei die „Landes- und Bündnisverteidigung zunehmend in den Hintergrund“¹¹ getreten. Daraus wird die Schlussfolgerung gezogen, dass „die stärkere Akzentuierung von Landes- und Bündnisverteidigung einschließlich der Abschreckung – insbesondere an der Peripherie der Allianz von der Bundeswehr (verlangt), ihre Einsatzorientierung auf diese anspruchsvolle Aufgabe und die hierzu notwendige Vorbereitung zu erweitern.“¹² Da Soldaten und Waffen nur für die eine oder für die andere Aufgabe eingesetzt werden können, also entweder für die weltweite Orientierung auf Auslandseinsätze („internationales Krisenmanagement“) oder für die „Landes- und Bündnisverteidigung“ wird das Verhältnis der „Bereitstellung von Fähigkeiten“ zueinander definiert. Dazu sagt das Weißbuch : Beides sei „gleichrangig“ zu behandeln.¹³

Das „Bühler-Papier“

Was mit der Akzentuierung der „Bündnis- und Landesverteidigung“ gemeint ist, wurde der Öffentlichkeit exklusiv in der FAZ in zwei Artikeln vorgestellt. Zuerst wurde Anfang April eine bedeutende Vergrößerung des deutschen Heeres angekündigt¹⁴ und 14 Tage später wurden die „Vorläufigen konzeptionellen Vorgaben für das künftige Fähigkeitsprofil der Bundeswehr“ ausführlich präsentiert – das „Bühler-Papier“¹⁵. Was steht da drin?

Dem „Bühler-Papier“ „zufolge sollen die Streitkräfte bis zum Jahr 2032 eine ‚Grundaufstellung‘ einnehmen, die sie voll umfänglich dazu befähigt, Deutschland und das Nato-Bündnisgebiet zu Land,

⁷ DER SPIEGEL 4.6.2017, S. 22

⁸ DER SPIEGEL 4.6.2017, S. 22

⁹ FAZ 20.5.2017, S. 5

¹⁰ Weißbuch 2016, S.9

¹¹ Weißbuch 2016 S. 137

¹² Weißbuch 2016 S. 88

¹³ Weißbuch S. 65 und S. 138

¹⁴ Verteidigungsministerium will das Heer umstrukturieren, FAZ.net 6.4.2017,

<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/verteidigungsministerium-will-heer-umstrukturieren-14960534.html>

¹⁵ Bis zu den Sternen, FAZ 19.4. 2017

zu Wasser, in der Luft, im Weltraum und im Cyberraum zu verteidigen.“¹⁶ Die FAZ bewertet dies als „eine radikale Abkehr von der bisherigen Ausrichtung der Bundeswehr als einer Armee, die sich vor allem auf Einsätze im Ausland fokussiert und die für die Landes- und Bündnisverteidigung erforderlichen Waffensystem nur bedingt vorgehalten hat.“ Der Leiter der zuständigen Abteilung Planung im Verteidigungsministerium Generalleutnant Erhard Bühler spreche von „einer Abkehr von den Vorgaben der Neuausrichtung von 2011.“ Bühler sagt: „Der Maßstab muss sich fundamental ändern.“

Die Bundeswehr soll so aufgestellt werden, dass sie „jederzeit und innerhalb von weniger als 90 Tagen“ im gesamten Aufgabenspektrum einsatzbereit ist. In mehreren Zwischenschritten soll diese Fähigkeit bis 2031 erreicht sein.

Für das Heer bedeutet das eine Aufstockung. Aus den zurzeit sieben Brigaden plus Anteilen an der deutsch-französischen Brigade, „denen es zum Teil an Material und Personal fehlt“¹⁷, sollen bis zu 10 schwere Brigaden werden, die voll ausgerüstet sind. Die FAZ schreibt: „Den größten Zuwachs verzeichnet gemäß den Planungen die Artillerie. Nach dem Kalten Krieg wurde sie von knapp 40 auf drei Bataillone zusammengestrichen. [...] Durch die zunehmende Konfrontation mit Russland hat sich das wieder geändert. Künftig soll es 14 Artilleriebataillone geben. [...] Für die insgesamt 27 zusätzlichen Bataillone müssten Kampf- und Schützenpanzer, Geschütze, gepanzerte Fahrzeuge und weiteres Gerät gekauft werden.“¹⁸ Das betrifft laut „Bühler-Papier“ namentlich „eine höhere Stückzahl des neuen Schützenpanzers Puma“. Bisher sollen es 350 Puma werden. Rheinmetall-Chef Papperger spricht seit geraumer Zeit davon, dass er mit 200 Puma mehr rechnet. Und die Rede ist davon, dass „voraussichtlich ein neuer deutsch-französischer Kampfpanzer sowie neue Artilleriesysteme ins Heer eingeführt werden.“ Beide Vorhaben seien in einem deutsch-französischen Regierungsabkommen bereits „auf den Weg gebracht.“¹⁹ Der Bedarf an Radpanzern BOXER wird mit 1.000 angegeben. Das würde die Zahl von vorhandenen und bestellten BOXERN verdreifachen. Ungeklärt ist, ob auf die Modernisierung von 500 Transportpanzern FUCHS zugunsten einer Neuanschaffung von weiteren 500 BOXERN verzichtet wird. Das würde dann die Zahl der BOXER etwa verfünffachen.

Die deutsche Luftwaffe soll dem „Bühler-Papier“ zufolge künftig einen multinationalen Verband („Air Group“) führen können, der pro Tag 350 Aufklärungs- und Kampfeinsätze fliegen kann. Drei Viertel dieser Einsätze würden von der Bundeswehr geflogen. Über die angestrebte Anzahl von 53 Military-Airbussen A 400 M hinaus sollen „zusätzliche A 400 M und schwere Transporthubschrauber“, letztere sind ein Novum in der Bundeswehr, gekauft werden. Drohnen sollen ebenso angeschafft werden wie neue Flugabwehrsysteme.

Die deutsche Marine „soll künftig 15 Schiffe und Boote gleichzeitig zum Kampf über und unter Wasser sowie gegen Bedrohungen aus der Luft bereitstellen können.“²⁰ Ende der 20iger Jahre sollen die Minenabwehreinheiten, sechs Tender und vier Fregatten der Klasse 123 aus Altersgründen ersetzt werden. Die Marine soll wieder „die Befähigung zum Führen von Seekrieg aus der Luft“ erlangen. Vor zehn Jahren hat die Marine ein dafür vorgesehenes Tornado-Geschwader an die

¹⁶ Bis zu den Sternen, FAZ 19.4. 2017

¹⁷ Bis zu den Sternen, FAZ 19.4. 2017

¹⁸ Verteidigungsministerium will das Heer umstrukturieren, FAZ.net 6.4.2017, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/verteidigungsministerium-will-heer-umstrukturieren-14960534.html>

¹⁹ Bis zu den Sternen, FAZ 19.4. 2017

²⁰ Bis zu den Sternen, FAZ 19.4. 2017

Luftwaffe abgegeben. Wegen der begrenzten Lebensdauer der Tornado-Jagdbomber ist ungeklärt, wie „die Befähigung zum Führen von Seekrieg aus der Luft“ durch die Marine gewährleistet werden soll.

Das „Bühler-Papier“ gilt als „grundlegende Vorarbeit für die neue Bundeswehrkonzeption“. Als nächst folgende offizielle Beschlüsse sind das „Konzept der Bundeswehr“ (KdB) und das „Fähigkeitsprofil 2017“ zu erwarten. Die FAZ über das „Bühler-Papier“: „Erhard Bühler bezeichnet das Papier als ‚Dokument des Übergangs‘ – von der Ära der Auslandseinsätze in das Zeitalter der Heimat- und Bündnisverteidigung.“²¹

Die EU-Militarisierung

Unmittelbar nach der Brexit-Entscheidung verstärkte die Bundesregierung ihre Bemühungen, die militärische Komponente der EU massiv zu stärken. Von der Leyen machte frühzeitig deutlich, dass die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU nun vorankommen müsse, denn Großbritannien habe diese gelähmt. Zusammen mit ihrem französischen Kollegen Le Drian legte sie am 12. September 2016 einen EU-Plan vor.²² Darin betonen beide, „dass eine stärkere und leistungsfähigere Europäische Verteidigung gleichzeitig eine Stärkung der NATO darstellt“.²³ Dem schlossen sich später im Wesentlichen auch ihre italienischen und spanischen Kollegen an. Ausdrücklich steht im Papier: „Um es klar zu sagen: Eine ‚EU-Armee‘ ist nicht unser Ziel.“²⁴ Es fragt sich natürlich, wie lange das gilt. Denn es gibt prominente Stimmen, die den Militarisierungsweg als Vorstufe zu einer EU-Armee begreifen. Hier eine Auswahl: So Vizekanzler Gabriel Anfang Juli 2016 („Ziel müsste eine gemeinsame europäische Armee sein.“²⁵), auch Ungarn und Tschechien machen solche Vorstöße. Und kein geringerer als EU-Kommissionspräsident Juncker mahnte Mitte November: „wir (brauchen) einen neuen Anlauf in Sachen europäischer Verteidigungsunion bis hin zu dem Ziel der Einrichtung einer europäischen Armee.“²⁶ Volker Kauder, CDU/CSU-Fraktionschef, forderte drei Tage danach: „Jetzt sollten die Weichen für eine europäische Armee gestellt werden.“²⁷

Am 10.2.2017 überraschte die FAZ mit der programmatisch zu verstehenden Aussage: „Die Bundeswehr entwickelt sich zur führenden NATO-Armee in Europa“²⁸. Man fragt sich: Wie kommen die darauf? Aufgrund folgender Vorhaben:

Je eine tschechische und eine rumänische Brigade ordnen sich deutschen Divisionskommandos zu, üben gemeinsam, um die Kampfkraft zu steigern. Mit den Niederländern ist das ohnehin schon der Fall, denn zwei Drittel der holländischen Heeresverbände sind den deutschen Kommandostrukturen unterstellt.

Nur zwei Tage danach wurde bekannt, dass Deutschland und Frankreich gemeinsam eine Lufttransportstaffel aufstellen wollen, tags darauf wurde die Absicht verkündet, eine Luftbetankungsflotte mit vier weiteren europäischen NATO-Ländern zu bilden. Im März 2017 wurde

²¹ Bis zu den Sternen, FAZ 19.4. 2017

²² Darin geht es ihnen unter anderem um die Einrichtung eines zivil-militärischen Hauptquartiers, die Stärkung des EUROKORPS, den verbesserten Austausch von Satellitenbildern und die Entwicklung strategischer Transportfähigkeiten in Luft, auf See und an Land.

²³ Erneuerung der GSVP, Hin zu einer umfassenden und glaubwürdigen Verteidigung der EU, 6 Seiten, S. 5

²⁴ Spiegel online.de, 12.10.16, Größte EU-Armeen sollen zusammenarbeiten.

²⁵ Sigmar Gabriel, Egoismus macht Europa kaputt, www.NOZ.de, 2.7.2016

²⁶ FAZ 11.11.2016

²⁷ FAZ 14.11.2016, Kauder: Weichen für europäische Armee jetzt stellen.

²⁸ FAZ 10.2.2017

ein EU-Hauptquartier ins Leben gerufen, um den Armeeaufbau der fünf Länder der Sahel-Zone unter deutsch-französischer Führung in Angriff zu nehmen. Zuvor schon vereinbart war die Zusammenarbeit bei der Kampfdrohnenentwicklung in Europa und die superschnelle NATO-Eingreiftruppe mit deutscher Beteiligung. Der Leitartikler der FAZ wagt einen strategischen Blick in die Zukunft: „Das Geflecht dieser Zusammenarbeit der europäischen NATO-Partner unter maßgeblicher deutscher Führung kann auf diese Weise zum Wurzelwerk einer europäischen Armee werden.“²⁹

Nach der Wahl des Pro-Europäers Macron zum Präsidenten Frankreichs erhält die EU-Militarisierung neuen Schub. Er sprach sich „für ein Vorgehen Deutschlands und Frankreichs in der europäischen Verteidigungszusammenarbeit“³⁰ aus. Bei seinem Antrittsbesuch in Mali sagte Macron, dass er zuversichtlich sei, dass die militärische Kooperation mit Deutschland „noch vertieft werden könne“³¹.

Und dann Trump. Die NATO-Gipfel-Teilnehmer_innen in Brüssel vermissten ein Bekenntnis von ihm zum militärischen Beistand nach Artikel 5 des NATO-Vertrages. Verunsicherung schien sich breit zu machen. Selbst die nachgeschobene Beteuerung des von Transatlantikern sonst in höchsten Tönen gelobten US-Sicherheitsberaters McMaster, „Trump stehe zur Nato-Beistandsklausel“³², verhalte ungehört. Der Auftritt der Kanzlerin im CSU-Bierzelt in München Trudering, übrigens einen Tag nach der Aussage McMasters, löste hingegen wahre Gravitationswellen aus. Nach den Treffen mit Trump in Brüssel und auf Sizilien, wo auch deutlich wurde, dass die USA sich aus dem Klimaabkommen von Paris zurückziehen wollten, sagte Merkel: „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, sind ein Stück weit vorbei: das habe ich in den letzten Tagen erlebt.“ Und sie schlussfolgerte: „Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in die eigene Hand nehmen.“³³

Was das konkret bedeutet, wurde beim Antrittsbesuch der neuen französischen Verteidigungsministerin Sylvie Goulard in Berlin drei Tage später deutlich. Die FAZ berichtete: „Goulard würde eine Erhöhung des deutschen Wehretats auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts gutheißen. [...] Ich habe keine Angst vor einem starken Deutschland,“ sagte sie. Und „es sei immer schon die Ansicht Frankreichs gewesen, dass Europa seine Verteidigung selbst in die Hand nehmen muss.“³⁴ Weiter berichtet die FAZ, „Goulard und von der Leyen vereinbarten, weitere Vorschläge für den Aufbau einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion vorzulegen und das militärische Engagement beider Staaten in Westafrika zu verstärken.“ Ihr gemeinsames Engagement in Mali solle dadurch erweitert werden, „auch die anderen Staaten der G-5-Sahel-Region, also Mauretanien, Niger, Burkina Faso und den Tschad, in diese Stabilisierungsprogramme einzubeziehen. Es sei etwa ein gemeinsames Ziel, Niger zu ertüchtigen.“ Die genannten Länder sollten „beim Aufbau eigener Streitkräfte durch Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe“ unterstützt werden.³⁵ Das europäische Hauptquartier sei im Aufbau, „bis zum Ende des Jahres solle ein europäischer Verteidigungsfonds errichtet werden, aus dem gemeinsame Rüstungsvorhaben finanziert werden könnten, außerdem solle bis zum Juli ein deutsch-französischer Entwurf für die Rahmenregeln der angestrebten Europäischen Verteidigungsunion formuliert sein. Von der Leyen zählte die gemeinsame Entwicklung einer Drohne mittlerer Reichweite und die

²⁹ FAZ 17.2.2017

³⁰ FAZ 20.5.2017

³¹ FAZ 22.5.2017

³² FAZ 30. 5. 2017. McMaster habe dies am Samstag, den 27.5.2017 beteuert.

³³ FAZ 30. Mai 2017, S.2

³⁴ FAZ 2.6.2017

³⁵ FAZ 2.6.2017

Beschaffung eines verlegbaren Lazarett als angestrebte europäische Vorhaben auf.³⁶ Soweit der Bericht aus der FAZ.

Das ist noch nicht alles: Kommissionspräsident Juncker legte am 7. Juni ein Strategiepapier, auch Reflexionspapier genannt, zur EU-Militarisierung³⁷ vor, das bis 2025 angelegt ist. Unter der Überschrift „Europa kann „Militärische Macht“ werden“ berichtet die FAZ: der Entwurf enthalte drei Optionen: „Neben der Devise ‚Weiter so wie bisher‘ stellt es in einem zweiten Szenario eine EU als ‚militärische Macht‘ zur Diskussion – ergänzend, nicht aber in Konkurrenz zur NATO. Die ehrgeizigste Option umfasst eigenständige militärische Operationen und gemeinsame Truppenverbände sowie eine weitgehende Kooperation bei der Beschaffung und Entwicklung von Verteidigungsgütern.“³⁸

Das heißt, ab dem zweiten Szenario wird bereits eine „strategische Autonomie“ erreicht, welche eigenständige weltweite Kriegseinsätze ermöglichen soll. Im dritten Szenario schließlich sei 2025 die Fähigkeit ausgebildet, „Kampfeinsätze jeder Art eigenständig zu führen.“³⁹ Das Papier ist als Diskussionsgrundlage für das Treffen der Staats- und Regierungschefs der EU am 22. und 23. Juni gedacht.

Es wird noch fataler. Ein Novum. Ein EU-Verteidigungsfonds (besser Militärfonds) soll auf den Weg gebracht werden. Die EU-Kommission wird demnächst einen Gesetzentwurf vorlegen. Der Fonds setzt auf zwei Ebenen an. Einen für Forschungsmittel und einen für Entwicklung und Beschaffung von Waffen und Ausrüstungen. Für Forschungsausgaben soll dieser Fonds bis 2020 von in diesem Jahr 25 Millionen auf 500 Millionen Euro jährlich steigen. Ab 2021 soll er jährlich 500 Millionen Euro betragen. Für die andere Ebene – also Entwicklungs- und Beschaffungsprojekte – sehen die Kommissionsvorhaben für die Jahre 2021 bis 2027 jährliche Ausgaben in Höhe von 1 Milliarde Euro vor. Diese Mittel werden Rüstungsprojekten dann gewährt, wenn sich aus zwei Ländern Firmen zusammenfinden, die ein gemeinsames Rüstungsprojekt anstreben. Ziel ist es, die Vielfalt der Waffentypen in der EU zu mindern und die grenzübergreifende Rüstungsproduktion respektive Fusion von Rüstungsfirmen zu initiieren. Die EU trägt jeweils 20 Prozent zu den Projektkosten bei – Subventionsmittel. Auf diese Weise erhofft sich die EU-Kommission jährliche - von der EU geförderte – Rüstungsprojekte in Höhe von 5 Mrd. Euro. Addiert man beide Ebenen der Förderung, ergeben sich daraus maximal bis 2027 Ausgaben von 41 Milliarden Euro: 13 Milliarden aus dem EU-Haushalt, 28 Milliarden davon aus den nationalen Haushalten.

Die Quintessenz: Wir stehen vor einem epochalen Einschnitt: Der Konsens, dass der EU-Haushalt frei von Militärausgaben bleiben soll, wird gesprengt. Die EU legt sich eine Kriegskasse zu, wie die erzkonservative Neue Zürcher Zeitung sehr treffend bemerkte.

Und, was ebenfalls fatal ist, bei der EU-Militarisierung geht es rasant voran. Das lässt sich mit einem prägnanten Zitat aus dem Munde des für Wettbewerb zuständigen EU-Kommissars Jyrki Katainen belegen: Er sagte: „Wir sind in den letzten sechs Monaten viel weiter gekommen als in den sechzig Jahren zuvor.“⁴⁰ Das beinhaltet auch die Planungen für eine sogenannte „Verteidigungsunion“. Diese werden zunehmend konkreter. Wenn es nach diesen Plänen geht, bewegt sich die EU hin auf eine zweite NATO. Und das unter deutscher Führung, wenn sich das Zwei-Prozent-Ziel durchsetzt.

³⁶ FAZ 2.6.2017

³⁷ Reflexionspapier über die Zukunft der Europäischen Verteidigung, 7. Juni 2017, Brüssel, 24 Seiten.
https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/reflection-paper-defence_de.pdf

³⁸ FAZ 7.6.2017, EU-Kommission: Europa kann „militärische Macht“ werden.

³⁹ German Foreign Policy, 8.6.2017, Europas Leitkultur

⁴⁰ NZZ 10.6.2017, Die EU will eine gemeinsame Kriegskasse